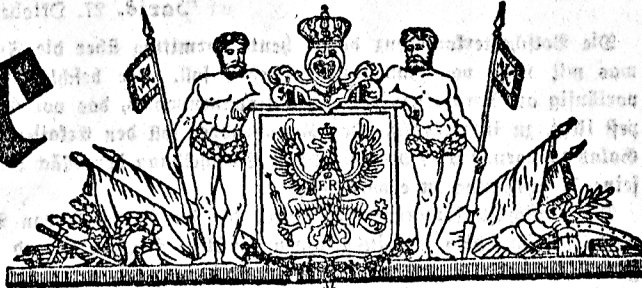


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

40 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen: Zeile 4 Mark und 50% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2.50 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Schiffer der deutsche Kommissar.

Zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die in Artikel III Absatz 2 der Anlage der Note der Vorkonferenz vom 20. Oktober vorgesehenen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien wurde der Reichsminister a. D. Schiffer und zu seinem Stellvertreter der Staatssekretär Lewald ernannt, der damit aus seiner bisherigen Stellung im Reichsministerium des Innern ausscheidet.

Den Kommissaren wird ein Stab von wirtschaftlichen Sachverständigen beigegeben werden, zu denen u. a. auch Pfarrer Ullrich, der bekannte ober-schlesische Zentrumsabgeordnete, gehören wird. Zu Sachverständigen werden hauptsächlich Ober-schlesier ausgewählt werden.

Briands Programm für Washington.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 27. Oktober.

Senator de Jouvenel, einer der Redakteure des „Matin“, hat seine Interpellation erst heute angemeldet, nach allgemeiner Annahme auf Wunsch Briands, der vor der Abreise nach Amerika auch ein Vertrauensvotum des Senats erlangen möchte. Jouvenel erbat besonders Auskunft über Frankreichs Programm für die Konferenz von Washington. Er erklärte dabei u. a., Frankreich dürfe sich fortan auf kein Bündnis einlassen, bei dem die Vereinigten Staaten nicht beteiligt seien, und auch Amerika sollte kein Bündnis ohne Beteiligung Frankreichs annehmen. Frankreich müsse danach streben, die „Internationale des Glückes“ zu verwirklichen. (Beifall.)

Briand erwiderte: Die Frage der Sicherheit Frankreichs stehe im Vordergrund. Deutschland habe die von den Verbündeten geforderten Wehrleistungsmaßnahmen vollständig durchgeführt; nur die Frage der Polizeiorganisation sei noch nicht gelöst. Wer General Nollet versichere, daß eine befriedigende Lösung als sicher gelten kann. Trotzdem müsse Frankreich auf seiner Hut bleiben. (Zustimmung.) Dr. Birsh habe alle Zusagen gehalten. Die Frage sei nur, ob er immer dazu imstande sein werde. Deshalb vertrete Frankreich bei seinen Verbündeten den Standpunkt, daß ein Druck auf Deutschland im Interesse der zur Erfüllung bereiten Deutschen (!) notwendig sei.

Als Briand dann erklärt, die Lage gestatte Frankreich noch nicht, auf militärische Sanktionen zu verzichten, stimmt der Senat lebhaft zu. Briand spricht dann von Oberschlesien und versichert, die Ueberweisung der Frage an den Völkerbund habe ihn erfreut, weil die Bedeutung des Völkerbundes für den Frieden dadurch unterstrichen worden sei. (Beifall links.)

Die durch Karl von Habsburg geschaffene Gefahr sei in wenigen Stunden beseitigt worden, weil die Verbündeten einig waren. (Beifall.) Im Orient habe Frankreich mit den Türken Frieden schließen können, ohne daß die Eintracht zwischen Paris und London gestört wurde.

Briand kommt dann aufs neue auf Deutschland zu sprechen. Er erklärt, es beunruhige ihn, daß Rathenau nicht zu dem neuen Kabinett gehöre. Frankreich habe die Wiesbadener Vereinbarungen, die demnächst dem Parlament vorgelegt würden, unterzeichnet, um der Welt zu beweisen, daß es sich Deutschland gegenüber nicht ablehnend verhalten wolle. Frankreich habe auch an den Ernst der finanziellen Lage gedacht. Je mehr Deutschland sich bemühe, seine Wieder-gutmachungsverpflichtungen zu erfüllen, desto mehr sinke die Mark. Dadurch würden ernste Folgen für die konkurrierenden Nationen geschaffen. Er, Briand, habe schon 1916 vorausgesehen, daß der Krieg Reparationen erforderlich machen werde, welche die Kraft eines einzelnen Volkes übersteigen; deshalb habe er damals gefordert, daß der Grundsatz internationaler Solidarität dafür aufgestellt werden müsse. Heute sei alle Welt über die Notwendigkeit gegenseitiger internationaler Hilfe einig. (Beifall.)

Falls Deutschland sich zahlungsfähig erklären sollte, würde man es darauf aufmerksam machen, daß der gesamte Reichtum seiner Staatsangehörigen als Pfand für die Zahlungen zu gelten habe. (Beifall.) Briand erklärt, die deutschen Großindustriellen, Großfinanziers und Großgrundbesitzer seien durchaus zahlungsfähig, und bemerkt dann weiter: Es gibt zahlungsfähige Leute, besonders in der Volkspartei. Die Volksparteiler müssen zahlen. Alle Deutschen haften für ihre Regierung.“ (Zustimmung.)

Briand erinnert an die Vorgeschichte der Sanktionen und rechtfertigt seinen Verzicht auf die Befehung des Ruhrgebietes. Er versichert, Frankreichs Mäßigung sei von der ganzen Welt bewundert worden. Er werde an dieser Art von Politik festhalten, solange Deutschland seine Verpflichtungen erfülle. Falls in dieser Hinsicht keine Aenderung eintritt, werde er nichts unternehmen, was den europäischen Frieden stören könne.

Zum Schluß spricht Briand von der Konferenz von Washington. Er führt aus, nach seiner Ansicht müsse der französische Ministerpräsident persönlich nach Amerika gehen, um auf diese Weise Frankreichs Dankbarkeit zu erkennen zu geben. Frankreich in Washington keine Ueberraschungen zu befürchten. Das einzige Ziel sei die Sicherung des Weltfriedens. Frankreich sei

zu möglichst weitgehender Abrüstung freudig bereit, aber es brauche Garantien für seine Sicherheit, da die von den Verbündeten verheißenen Garantien nicht bekräftigt worden seien. Amerika müsse das wahre Frankreich, das ein Land des Friedens sei, kennen lernen; aber solange man Frankreich nicht die Gewißheit gebe, daß die bewaffnete Macht überflüssig sei, müsse es die Hand am Degengriff behalten.

Nach einigen Bemerkungen des Royalisten de la Haye wird über die Vertrauensstagesordnung abgestimmt, die mit 301 gegen 9 Stimmen angenommen wurde.

Briand wird mit der französischen Delegation für Washington am Abend von Paris abreisen und sich nachmittags in Le Havre an Bord des Dampfers „Cafayette“ einschiffen.

Die Entwaffnung Ungarns.

Der Gegensatz der Ententen.

Die Ueberreichung des Ultimatums der Kleinen Entente in Budapest ist im letzten Augenblick verzögert worden. Es wird behauptet, daß die Verschiebung auf rein technische Gründe zurückzuführen sei, doch scheinen die Gründe in Wirklichkeit politischer Art zu sein und in Unstimmigkeiten zwischen der Kleinen und der Großen Entente zu liegen. Tatsächlich hört man auch von Verhandlungen zwischen der Kleinen und der Großen Entente, die einerseits der Frage gelfen, ob das Ultimatum überhaupt überreicht werden soll, andererseits dem Inhalte der Forderungen, die von der Kleinen Entente an die ungarische Regierung gestellt werden sollen. Vermutlich dürfte sich die Vorkonferenz in Paris gestern auch mit dem geplanten Ultimatum befaßt haben. Daß man in Paris, London und Rom sich zu der ungarischen Frage anders stellt als in Prag und Belgrad, ist in den letzten Tagen deutlich genug zu erkennen gewesen und durch den Schritt des englischen und französischen Gesandten in Belgrad stark unterstrichen worden. Die beiden Mächte haben von der jugoslawischen Regierung die Einstellung der militärischen Vorbereitungen verlangt. Ein gleicher Schritt dürfte auch bei der Regierung in Prag unternommen worden sein.

Die Große Entente betrachtet mit dem Winklingen des Putzsches Karls von Habsburg, seiner Gefangenschaft und der — beabsichtigten — Internierung die ungarische Frage als erledigt. Eine andere Gefahr als die einer habsburgischen Restauration sehen die Alliierten in Ungarn nicht. Die Auffassung der Kleinen Entente befindet sich zu der der Alliierten im Widerspruch. Sie empfindet das nicht abgerüstete 150 000 Mann-Heer Ungarns als eine ernste Bedrohung des Friedens in Europa, und wenn sie die völlige Durchführung des Friedensvertrages von Trianon durch die ungarische Regierung fordert, meint sie in erster Reihe die Verminderung der Heeresstärke auf die in diesem Vertrage festgesetzte Zahl von 35 000 Mann. Und die Kleine Entente scheint entschlossen zu sein, mit oder ohne Zustimmung der Großen Entente diese Forderung in Budapest durchzusetzen.

Darauf deutet vor allem das Verhalten der Prager und Belgrader Regierungen gegenüber dem Wunsche der Alliierten hin, die Mobilisierung wieder rückgängig zu machen. Sowohl die tschechoslowakische wie die jugoslawische Regierung haben dieses Ansuchen abgelehnt. Die angeordnete Mobilisierung wird durchgeführt, und die mobilisierten Streitkräfte werden nach den Grenzen gegen Ungarn beordert.

Das alles läßt darauf schließen, daß die Kleine Entente zwar bereit ist, die Ratschläge der großen Alliierten anzuhören und über sie zu diskutieren, daß sie aber nicht geneigt ist, sich von ihrem Entschlusse, die ungarische Frage radikal zu lösen, abzuwenden. Die Verzögerung der Ueberreichung des Ultimatums bedeutet danach nicht, daß es zurückgezogen worden ist, es wird voraussichtlich am Sonntag, spätestens am Montag in Budapest überreicht werden, und die Mächte der Kleinen Entente dürften die Regierung Horthy in keinem Zweifel darüber lassen, daß die Nichterfüllung der Forderung innerhalb der gestellten Frist automatisch militärische Aktionen der Tschechoslowakei und Jugoslawiens auslösen würde.

Die Entente-Note in Budapest.

* Budapest, 27. Oktober.

Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens haben heute der ungarischen Regierung die Note des Vorkonferenzrats überreicht, worin gefordert wird, Ungarn solle König Karl unverzüglich des Thrones für verlustig erklären

und ihn bis zur Bestimmung der Umstände, unter denen er aus dem Lande entfernt werden soll, in Sicherheit bringen. Die Großmächte betonen, wenn die ungarische Regierung diese Forderung nicht erfülle, dann könnten sie hinsichtlich der geplanten Intervention der Kleinen Entente und der aus einer solchen Haltung erwachsenden Folgen keine Verantwortung übernehmen.

Außer den bereits gemeldeten Verhaftungen erfolgte heute auch die Festnahme des Prälaten Alexander Gießwein. Es wird übrigens behauptet, die Verhaftung der karlistischen Führer sei bloß deshalb erfolgt, damit man sie vor etwaigen Attentaten der „unverantwortlichen“ Elemente leichter schützen könne.

Die Große Entente bremst.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Prag, 27. Oktober.

Während des heutigen Vormittags stand die Prager Regierung in ununterbrochenem Verkehr mit Belgrad und Paris. Nachmittags war eine gewisse Entspannung festzustellen, die wohl darauf zurückzuführen ist, daß der Oberste Rat sich eindeutig auf den Standpunkt stellt, daß der Karl-Putzsch erledigt ist. Es fehlt zwar noch immer nicht an einflussreichen Stimmen, namentlich aus dem nationaldemokratischen Lager, die unbedingt für eine militärische Intervention in Ungarn eintreten, selbst um den Preis, dadurch die Kleine Entente von der Großen zu entfremden. Aber das Ministerium des Aeußeren zeigt sich solchen Einflüssen wenig zugänglich. Von einer der Regierung nahestehenden Stelle erhält Ihr Berichterstatter heute mittag folgende Information:

„Bei richtiger Erwägung wird sich Horthy sagen müssen, daß die militärischen Verhältnisse für Ungarn aussichtslos sind, selbst wenn es die 110 000 wohlausgerüsteten Soldaten, über die es gegenwärtig verfügt, binnen kurzem verdoppeln könnte. Südslawien und die Tschechoslowakei könnten gegen diese übermächtige Truppen marschieren lassen, und ihre Position wäre um so stärker, als sie durch die Große Entente politisch und moralisch gestützt würden. Wenn Horthy gegenüber der wohlberechtigten Forderungen der Kleinen Entente an die Waffen appelliert, so würde er ein Vabanque-Spiel spielen, in dem er so gut wie keine Chancen hätte. Dazu kommt noch, daß Horthy gewisse persönliche Interessen an einer ruhigen Lösung zu haben scheint. Man erwartet deshalb, daß der Druck der Tatsachen, vornehmlich die Mobilisation bei uns und in Südslawien, hinreichen wird, um eine diplomatische Lösung herbeizuführen, ohne daß die Kleine Entente gezwungen wäre, ihre militärischen Machtmittel wirken zu lassen. Die Erledigung unserer Ansprüche dürfte sich nach unserer heutigen Auffassung in Etappen vollziehen. Zunächst wird die Vorkonferenzkonferenz endgültig über Karl entscheiden. Damit wird automatisch unsere zweite Forderung akut, daß das Habsburger Nest überhaupt und für immer zerstört werden muß, und darauf wird sich Ungarn dazu verstehen müssen, genau wie das viel mächtigere Deutschland es tun mußte, tatsächlich abzurufen und seine Waffen abzuliefern. Die Uebergabe Westungarns ergibt sich dann als logische Folge der Abrüstung. Widersteht sich Ungarn, dann allerdings wird man es zur Vernunft bringen müssen.“

Es scheint, daß die Prager Regierung gewisse Unhaltspunkte dafür erhalten hat, Ungarn werde gegen die Forderungen der Kleinen Entente nicht unnachgiebig bleiben, wenn diese von den Großmächten ein-